



Leitlinien

**des Deutschen Städtetages
zur nachhaltigen
Entwicklung des Kleingartenwesens
in den Städten**

Impressum

Leitlinien des Deutschen Städtetages zur nachhaltigen
Entwicklung des Kleingartenwesens in den Städten

Erarbeitet vom Arbeitskreis Kleingartenwesen beim
Deutschen Städtetag und der Gartenamtsleiterkonferenz (GALK e.V.)

Stand: September 2011

Straße des 17. Juni 112, D-10623 Berlin
Postfach 12 03 15, D-10593 Berlin
Telefon +49 30 3 77 11-0, Telefax +49 30 3 77 11-999

Avenue des Nerviens 9–31, B-1040 Bruxelles
Telefon +32 27 40 16-20, Telefax +32 27 40 16-21

Gereonstraße 18–32, 50670 Köln; Postfach 51 06 20, D-50942 Köln
Telefon +49 2 21 37 71-0, Telefax +49 2 21 37 71-128
Bankverbindung: Sparkasse Köln-Bonn
Konto 30 202 154 (BLZ 370 501 98)
Internet: www.staedtetag.de

Bildnachweis: Thomas Wagner (BDG), Frank Müller, Harald Schäfer,
pixtal, brand x pictures, Getty Images, Verlag W. Wächter (S. 7)
und weitere Quellen

Druck: April 2013

Leitlinien

**des Deutschen Städtetages
zur nachhaltigen
Entwicklung des Kleingartenwesens
in den Städten**



Hilmar von Lojewski

*Beigeordneter des Deutschen Städtetages
für Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und
Verkehr*

Der auch für die Städte geltende Grundsatz einer auf Nachhaltigkeit angelegten Politik gilt in besonderem Maße für die städtische Flächennutzung und Umweltpolitik. Vor diesem Hintergrund ist die Zukunft des Kleingartenwesens den kommunalen Spitzenverbänden ein besonderes Anliegen. Über eine Million Kleingärten sind in ökologischer und städtebaulicher Sicht ein fester Bestandteil des kommunalen Bestands an Frei- und Grünflächen. Das Kleingartenwesen hat aber auch eine zunehmend wichtige soziale Funktion: die Begegnung von Jung und Alt, von Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen, von Einheimischen und Menschen mit Migrationshintergrund. Schließlich entwickelt das Kleingartenwesen auch neue Beziehungen zum „Urban Gardening“.

Die Tradition des Kleingartenwesens er-

möglicht in diesem Sinne den Weg für neue Formen des Gärtnerns in der Stadt. Dies erlaubt im eingeschränkten Umfang Vereinbarungen zur Nutzung von Brach- und Konversionsflächen, die in ihren räumlichen und zeitlichen Kategorien begrenzt sind, weil sie nach einem längeren Zeitraum einer endgültigen städtebaulichen Nutzung zugeführt werden sollen. Die Auswirkungen der allgemein zu beobachtenden ökologischen, städtebaulichen und gesellschaftlichen Veränderungen, haben auch die Rahmenbedingungen des Kleingartenwesens teilweise verschlechtert. Studien, Untersuchungen und intensive Diskussionen in den Gremien des Deutschen Städtetages (DST) haben zu dem Ergebnis geführt, dass eine Reformierung des Bundeskleingartengesetzes derzeit nicht erforderlich ist. Hingegen sollte das Gesetz in seinen Gestaltungsmöglichkeiten genutzt und durch lokale Aktivitäten gestützt und ergänzt werden. Daher setzt sich der DST für die Weiterentwicklung des Kleingartenwesens in Deutschland und für den Erhalt und die langfristige Sicherung des Kleingartenbestandes in den Städten ein.

Das Präsidium des DST hat im September 2011 angesichts des Klimawandels die Bedeutung der Kleingärten für einen sozialen und ökologischen Städtebau unter dem Leitbild der kompakten Stadt mit Nutzungsmischung hervorgehoben und die „Leitlinien des Deutschen Städtetages zur nachhaltigen Entwicklung des Kleingartenwesens in den Städten“ verabschiedet. Aus den Leitlinien ergeben sich, auch mit Blick auf die Ziele des Bundeskleingartengesetzes, sechs wesentliche Handlungsfelder, die in der Praxis in vielfältigen Bezügen zueinander wirken. Das DST-Präsidium hat den Mitgliedstädten empfohlen, die Leitlinien als Arbeitsgrundlage zu diesem Themenfeld zu nutzen, dem Bundesverband Deutscher Gartenfreunde (BDG) als Leitlinien für seine Verbandsarbeit an die Hand gegeben und den AK Kleingartenwesen beim DST beauftragt, die Anwendung der Leitlinien fortlaufend zu analysieren und sie bei Bedarf fortzuschreiben.



Detlef Thiel

Vize-Präsident des Fördervereins der GALK e.V.

Sprecher des AK Kleingartenwesen beim Deutschen Städtetag

Angesichts der sich immer schneller verändernden ökologischen, städtebaulichen, sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen in der Gesellschaft diskutierten Fachleute, Kleingärtnerorganisationen, Politiker und die Kleingärtner seit einigen Jahren über die Zukunft des Kleingartenwesens. Dabei gab es aus verschiedenen Richtungen mit unterschiedlichsten Zielsetzungen immer wieder Bestrebungen, die rechtliche Grundlage, das Bundeskleingartengesetz, reformieren zu müssen und damit das Kleingartenwesen in seiner sozialen und ökologischen Funktion als Ganzes zu verändern. Begründungen waren veränderte Bedürfnisse, damit angeblich notwendiger Nutzungswandel und letztendlich auch Privatisierung auf Kosten seiner öffentlichen Funktionen.

Deshalb beschäftigte sich der Arbeitskreis Kleingartenwesen beim Deutschen Städtetag sowie in der Gartenamtsleiterkonferenz (GALK e.V.) mit diesem Thema, erstellte die Leitlinien zur Zukunftsfähigkeit des Kleingartenwesens und beteiligte den BDG bei diesem 2007 gestarteten Prozess intensiv. So wurden die Leitlinien in mehreren Foren wie, BDG-Beiratssitzungen, Fachberaterschulungen und Vorstandssitzungen oder in Gremien der GALK sowie des Städtetages diskutiert. Eine gute Grundlage bildete der vom Arbeitskreis veröffentlichte Fachbericht „Das Kleingartenwesen als Teil der Stadtentwicklung- Untersuchung über den Strukturwandel, Grundsätze und Tendenzen“. Zu einzelnen Themen wurden weitergehende Untersuchungen durchgeführt und Erfahrungen der Mitgliedsstädte analysiert. In die Überlegungen konnten auch Ergebnisse bundesweiter und landesweiter Studien von Ministerien oder des BDG einfließen.

Notwendige städtebauliche Umbauprozesse aufgrund des demografischen, ökologischen und ökonomischen Wandels bewirken zugleich soziale Veränderungsprozesse. Diese Prozesse werden sich über lange Zeiträume vollziehen. Deshalb beauftragte das Präsidium des Städtetages den Arbeitskreis Kleingartenwesen, die Anwendung der Leitlinien fortlaufend zu analysieren und die Leitlinien bei Bedarf zu aktualisieren.

Vorrangiges Ziel ist es, die Traditionen des Kleingartenwesens zu erhalten und seinen Fortbestand dauerhaft zu sichern, Trends und Wandel der Rahmenbedingungen zu analysieren, Ziele und Strategien rechtzeitig anzupassen. Damit können die Leitlinien dazu beitragen, das Bundeskleingartengesetz auch über seinen 30. Geburtstag hinaus mit Leben zu erfüllen.

Ich wünsche der Broschüre eine möglichst große Zahl von interessierten, engagierten aber auch kritischen Leserinnen und Lesern sowie uns gemeinsam viele gute Ideen beim Umsetzen der Leitlinien.

Als am 13. September 2011 das Präsidium des Deutschen Städtetages „die Leitlinien zur nachhaltigen Entwicklung des Kleingartenwesens in den Städten“ zustimmend zur Kenntnis genommen hatte, war für die Kleingärtner der Weg in die Zukunft gesichert, gleichzeitig aber auch die strategischen Ziele vorgegeben.

Ausgehend davon, dass Kleingärten für eine lebenswerte Stadt von morgen zu erhalten sind, weil sie vielfältige Beiträge zur biologischen Vielfalt, für ein attraktiv gestaltetes Wohnumfeld und für das Image für eine Stadt leisten, liegt es nun an den ca. vier Millionen Kleingärtnern dies auch in zukünftig umzusetzen. Dabei sind die Kräfte auf die sechs Handlungsfelder Kleingartenentwicklung, kleingärtnerische Nutzung, soziale Aufgaben, ökologische Aufgaben, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit sowie Organisation und Finanzierung zu konzentrieren.

Dies kann sich in der Kleingartenentwicklung insbesondere darin widerspiegeln, dass die Verbände möglichst frühzeitig an der Bauleitplanung beteiligt werden, damit sie rechtzeitig Lösungen andenken und problemlos umsetzen können.

Hinsichtlich der kleingärtnerischen Nutzung sind die Pachtflächen so zu gestalten, dass sie ein vielfältiges Bild von Flächen mit Gemüse und Blumen sowie von Sträuchern und Obstbäumen widerspiegeln.

Hinsichtlich der sozialen und ökologischen Aufgaben sollten die Kleingärtner auf Erreichtes aufbauen und die vielfältigen Projekte – vom Lehr- und Schaugarten bis hin zum Mehrgenerationengarten – weiter ausgestalten um sie so zu Zentren für die ganze Gesellschaft zu machen.

Auf der Grundlage einer gezielten Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit ist der Beitrag des Kleingartenwesens für eine hohe Lebensqualität in Städten und Gemeinden deutlich zu machen, wobei die erreichten Ergebnisse und die angestrebten Ziele in allen Bereichen darzustellen und in entsprechenden Veröffentlichungen festzuschreiben sind.

Organisation und Finanzierung bilden in einer Organisation, die vom Ehrenamt lebt, wichtige Faktoren, die das Kleingartenwesen durch sich selbst erfüllt. Dabei wird es aber auch notwendig sein, in komplizierten Situationen durch eine gezielte Förderung der Verbände und Vereine und im Zusammenwirken zwischen kleingärtnerischen Organisationen und Kommunen die Sicherung der „Grünen Oasen“ zu gewährleisten.

Die Leitlinien wenden sich nicht nur an die Kleingärtner selbst, sondern auch an Politik und Verwaltung, denn sie müssen Voraussetzungen schaffen, dass die vielfältigen Leistungen des Kleingartenwesens sich in entsprechenden Entscheidungen zum Erhalt und zur Sicherung der Kleingartenflächen in ganz Deutschland widerspiegelt.



Dr. Norbert Franke
*Präsident des Bundesverbandes
Deutscher Gartenfreunde e.V.*

Inhalt

1.	Vision zur nachhaltigen Entwicklung des Kleingartenwesens in den Städten	11
2.	Empfehlungen zu den Handlungsfeldern	13
2.1.	<i>Handlungsfeld:</i> Kleingartenentwicklung – Kleingärten sind bedarfsgerecht zu erhalten und qualitativ aufzuwerten.	13
2.2.	<i>Handlungsfeld:</i> Kleingärtnerische Nutzung – Die kleingärtnerische Nutzung als wichtigste Grundlage sichern.	16
2.3.	<i>Handlungsfeld:</i> Soziale Aufgaben – Die sozialen Funktionen als Stärke des Kleingartenwesens weiter ausbauen.	18
2.4.	<i>Handlungsfeld:</i> Ökologische Aufgaben – Die ökologischen Chancen als Beitrag zur Anpassung an den Klimawandel nutzen.	21
2.5.	<i>Handlungsfeld:</i> Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit – Imagepflege durch breit angelegte Öffnung und Lobbyarbeit forcieren.	22
2.6.	<i>Handlungsfeld:</i> Organisation und Finanzierung – Für eine ausreichende Finanzierung und Förderung des Kleingartenwesens sorgen.	25
3.	Fazit	30
	Anhang Projektbeispiele	33



1. Vision zur nachhaltigen Entwicklung des Kleingartenwesens in den Städten



Die sozialen, ökologischen, stadtgestalterischen aber auch ökonomischen Funktionen und Wirkungen der Kleingärten für eine Stadt sind unbestritten. Für die Kommunen kann deshalb angesichts sich teilweise auch verschlechternder Rahmenbedingungen nur das Ziel sein, sie zu erhalten und zu entwickeln. Der Arbeitskreis formuliert dies wie folgt:

„Kleingärten sind auch unter Bedingungen des demographischen Wandels, der städtebaulichen Umbauprozesse in unseren Städten und sich ändernden sozialen, ökonomischen und ökologischen Erfordernissen unverzichtbarer Bestandteil kommunalen Lebens.“

Schwerpunktmäßig ergeben sich, auch mit Blick auf die Zielstellungen des Bundeskleingartengesetzes, sechs wesentliche Handlungsfelder:

- 1 **Kleingartenentwicklung**
- 2 **Kleingärtnerische Nutzung**
- 3 **Soziale Aufgaben**
- 4 **Ökologische Aufgaben**
- 5 **Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit**
- 6 **Organisation und Finanzierung**

Diese Handlungsfelder wirken in der Praxis komplex und untereinander in vielfältigen Bezügen. Notwendige städtebauliche Umbauprozesse aufgrund des demografischen, ökologischen und ökonomischen Wandels bewirken zugleich soziale Veränderungsprozesse. Im Sozialen liegen die Wurzeln des Kleingartenwesens und zugleich ein Großteil seiner Stärken. Andererseits bewirken diese Prozesse auch Veränderungen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einer Kommune.

Kleingartenpark



KGV Gut Grün

KGV Am Mattlerbusch

KGV Herrenwiese

KGV Pollmannshof

KGV Fahrn

2. Empfehlungen zu den Handlungsfeldern

2.1. Handlungsfeld: **Kleingartenentwicklung – Kleingärten sind bedarfsgerecht zu erhalten und qualitativ aufzuwerten**

Kleingartenanlagen gehören in den Städten und Gemeinden zu den sogenannten „weichen“ Standortfaktoren und zur städtebaulichen Gesamtsituation. Das Kleingartenwesen unterliegt, wie auch viele andere Bereiche der Gesellschaft, ständigen Veränderungsprozessen und ist in die politischen, planerischen und finanziellen Überlegungen der strategischen und integrierten Stadtentwicklung bzw. des Stadtumbaus einzubeziehen. Ziel ist dabei konkret und regional bezogen, einerseits den Bedarf aber auch andererseits ein bestehendes Überangebot zu berücksichtigen.

Die Städte und Gemeinden müssen auf die Auswirkungen von ökonomischem, gesellschaftlichem und sozialem Wandel reagieren und eine angemessene Ausstattung mit Kleingärten dauerhaft sicherstellen, damit die Voraussetzungen für ein zukunftsfähiges Kleingartenwesen gegeben sind. Hauptziele sind die Bestandssicherung unter Berücksichtigung veränderter Rahmenbedingungen aufgrund städtebaulicher, sozialer und ökologischer Ziele, die bedarfsgerechte Sicherung von Ersatzland sowie Umbau und Aufwertung vorhandener Kleingartenanlagen. Die Einrichtung neuer Kleingartenanlagen soll in Nähe der Wohngebiete erfolgen. Daraus leiten sich folgende Empfehlungen ab:

Kleingartenentwicklungskonzepte als Grundlage für die vorbereitende und verbindliche Bauleitplanung erstellen

Die Kommunen sollten vorlaufend zur Flächennutzungsplanung gesamtstädtische Kleingartenentwicklungskonzepte erstellen und in ihrer Umsetzung verbindlich machen.

Im Rahmen der Erarbeitung eines Kleingartenentwicklungsplans ist die frühzeitige Beteiligung der Vertreter aus Politik (Stadtrat, Kleingartenbeirat), Verwaltung (Stadtplanung/Stadtentwicklung, Liegenschaften, Grünflächen, Bauordnung, Verkehrsbau) und den Kleingärtnern (Stadt- oder Bezirksverband/Vereine) erforderlich, um eventuelle Interessenkonflikte frühzeitig auszuräumen und ein von allen getragenes Konzept entwickeln zu können.

Dieses ist regelmäßig fortzuschreiben und ggf. auf Stadtteilebene zu präzisieren.

Das Instrument des Dauerkleingartens effektiv zur Sicherung nutzen

Entsprechend der Notwendigkeit und in Abhängigkeit von personellen sowie finanziellen Möglichkeiten wird die Aufstellung von Bebauungsplänen zur Sicherung des Bestandes als Dauerkleingärten empfohlen.

Die Notwendigkeit ergibt sich insbesondere dann, wenn andere schützen-



de Rechtspositionen, wie die gesetzliche Gleichstellung von Kleingärten mit Dauerkleingärten auf gemeindeeigenem Grund (fiktive Dauerkleingärten) bzw. die Darstellung im Flächennutzungsplan als Grünflächen mit besonderer Zweckbindung (Dauerkleingärten) nicht ausreichen und somit von der Gemeinde nicht gewollte Umnutzungen drohen.

Ersatzleistungen zur Aufwertung von Kleingartenanlagen nutzen



Wichtigste Aufgabe ist die Sicherung und Erhaltung des Bestandes. Im Bundeskleingartengesetz ist darüber hinaus unter § 14 die Bereitstellung und Beschaffung von Ersatzland geregelt. Angesichts der demografischen Entwicklung und regional auftretender Leerstände sowie anstehender Prioritäten kommunalen Handelns (Finanzen) erscheint es

nicht sinnvoll, den Bestand zu erweitern. Im Regelfall sollte aber der einfache Ersatz eingeplant werden.

Dieser kann durch eine Kompensation in leer stehenden Bestandspartzen oder durch Neubau gedeckt werden. Bei nicht vorhandenem Bedarf oder bei über das regional bezogene Maß gehendem Leerstand empfiehlt der Arbeitskreis die Ersatzleistung in Form von Ausgleichszahlungen, die zweckgebunden zur Förderung und Aufwertung bestehender Anlagen eingesetzt werden. Hierzu zählen z. B. die Umwandlung in Kleingartenparks mit hoher Aufenthaltsqualität für die Allgemeinheit oder die Einrichtung von Schul-, Lehr-, Senioren- und anderen Gemeinschaftsgärten.

Ein professionelles Verlagerungsmanagement unter Einbeziehung der Nutzer, als Form von Bürgerbeteiligung, anwenden

In Fällen großflächiger Überplanungen von Kleingärten empfiehlt sich ein begleitendes Verlagerungsmanagement. Im Verlagerungsprozess können begleitende Maßnahmen sinnvoll sein, um die Akzeptanz der Kleingärtner zu erhöhen. Aus den Erfahrungen der Kommunen, in denen ein begleitendes „Verlagerungsmanagement“ stattfand, empfiehlt der Arbeitskreis Maßnahmen, die sich in der Praxis bewährt haben, um eine reibungslose Verlagerung zu realisieren. Diese betreffen verschiedene Aspekte zum Umgang miteinander und zur Minderung der Beeinträchtigungen der Kleingärtner sowohl während der Vorbereitungsphase (z. B. vertrauensvolle Zusammenarbeit, frühzeitigen Einbindung, Kleingartenbeirat) als auch in der Umsetzungsphase (z. B. rechtzeitige Bereitstellung von Ersatzflächen, bevorzugte Unterbringung von Verlagerungswilligen, Einsetzung neutraler Schätzungsgutachter) und Nachbereitungsphase (z. B. Fachberatung und Anstrengungen zur Vergabe der Parzellen).

Ob begleitende Maßnahmen überhaupt nötig und möglich sind und welche der vorgeschlagenen Begleitmaßnahmen eine Kommune für sinnvoll hält, hängt von den Gegebenheiten ab. Ebenso entscheidend für das, was eine Kommune bei der Verlagerung anbieten kann, sind die finanziellen und personellen Ressourcen.

Kleingartenparks als Weiterentwicklung von Kleingartenanlagen initiieren

Zur Umsetzung der Kleingartenentwicklungskonzeption werden für die aus städtebaulicher, freiraumplanerischen und kleingärtnerischen Sicht wichtigen Kleingartengebiete spezielle objektkonkrete Ausführungsplannungen und Aufwertungsmaßnahmen empfohlen. Ziel ist die bessere Einbindung in das Grünflächen- und Biotopsystem der Stadt und die Schaffung von öffentlichen Nutzungsmöglichkeiten.

Bei entsprechend großen Flächen von Kleingartenanlagen, in Gebieten mit räumlich eng aneinander angrenzenden Kleingartenanlagen (Ballungsgebieten) und für Kleingartenanlagen mit Leerständen, empfiehlt der Arbeitskreis die Schaffung von Kleingartenparks.

Ein Kleingartenpark ist eine Kombination von privat genutzten Parzellen und Vereinsflächen mit einem allgemein zugänglichen, öffentlich nutzbaren Grünflächenanteil. Kleingartenparks können durch die Verbindung von öffentlicher und privater Nutzung zur Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Grün- und Erholungsflächen sowie zur





Vernetzung von Grünflächen und Biotopen beitragen. Die Hauptwege sollten ständig für die Allgemeinheit zugänglich sein und die Anlagen um zusätzliche Nutzungsangebote angereichert werden, wie z. B. mit Spiel- und Aufenthaltsbereichen, Sitzgelegenheiten, Themengärten, Lehrpfad. So können Kinder räumlich getrennt vom Straßenverkehr unbesorgt spielen und die Natur erfahren. Schulen und Kindergärten können die Anlagen als Orte des Lernens, Senioren zu sinnvoller Freizeitgestaltung im Garten oder als Treff- und Kommunikationspunkt nutzen.

Durch die Schaffung von Kleingartenparks wird das Verständnis der Öffentlichkeit für das gesetzlich formulierte Privileg des niedrigen Pachtzinses sowie einer möglichen kommunalen Förderung gestärkt.

Die langfristig wirkenden Konzepte von Kleingartenparks sind gemeinsam mit den zuständigen Regionalverbänden und den Kleingärtnervereinen vor Ort zu entwickeln und umzusetzen. Es wird empfohlen diese informellen Rahmenplanungen mit Stadtratsbeschlüssen in ihrer Umsetzung verbindlich zu machen.

Allgemein gilt für Kleingartenanlagen, öffentlich nutzbare Gemeinschaftsflächen auszubauen.



2.2. Handlungsfeld: **Kleingärtnerische Nutzung – Die kleingärtnerische Nutzung als wichtigste Grundlage sichern**



Kleingartenanlagen müssen sich aufgrund der sondergesetzlichen Regelungen zum Pachtzins, zum Kündigungsschutz und zur Entschädigung, die den Grundstückseigentümer in der Ausübung seiner Rechte beschränken, deutlich von Wochenend- und Ferienhausgebieten unterscheiden. Die Kommunen und Kleingärtnerorganisationen haben daher dafür Sorge zu tragen, dass die gesetzlichen Regelungen zur kleingärtnerischen Nutzung eingehalten werden. Bei der Beurteilung der kleingärtnerischen Nutzung ist die gärtnerische und die bauli-

che Nutzung der Parzelle zu berücksichtigen, wobei die gärtnerische Nutzung die Anlage maßgeblich prägen muss. So ist aus Sicht des Arbeitskreises in der Regel mindestens ein Drittel der Kleingartenparzelle für den Anbau von gartenbaulichen Erzeugnissen zu verwenden. Zur kleingärtnerischen Nutzfläche gehören:

- Beetflächen und Hochbeete mit ein- und mehrjährigen Gemüsepflanzen, Feldfrüchten, Heil- und Gewürzkräutern, Erdbeeren, Sommerblumen und anderen Kulturen;
- Obstbäume, Beerensträucher, Rankgewächse sowie Nutzpflanzen für die Tierwelt;
- Frühbeete, Kompostanlagen.



Da die bauliche Nutzung nicht anlagenprägend sein darf, ist nach dem Bundeskleingartengesetz (§ 3 Abs. 2) nur eine Laube mit einer Fläche bis zu 24 m² einschließlich überdachtem Freisitz zulässig. Größere, vor Inkrafttreten des Bundeskleingartengesetzes rechtmäßig errichtete Lauben genießen Bestandsschutz. Die Ausstattung und Erschließung der Laube hat sich entsprechend dem Bundeskleingartengesetz an einem einfachen, aber zeitgemäßem Standard zu orientieren. Lauben müssen sich jedoch deutlich von zum Wohnen geeigneten Baulichkeiten abgrenzen und dürfen nicht als Wohnsitz, sondern nur für vorübergehende Aufenthalte geeignet sein. Sie sind daher insbesondere nicht an Fernwärmeleitungen anzuschließen oder mit ortsfesten Heizungsanlagen auszustatten.

Detaillierte Regelungen können unter Beachtung des Bundeskleingartengesetzes und der jeweiligen landesrechtlichen Regelungen zum Umweltschutz (Luft, Wasser, Boden), Naturschutz- und Abfallrecht vor Ort zwischen Kommunen/Eigentümer und Kleingärtnerorganisation in den Pachtverträgen bzw. Kleingartenordnungen getroffen werden.

In der Stärkung der kleingärtnerischen Nutzung sieht der Arbeitskreis eine zentrale Bedeutung für den Erhalt des Kleingartenwesens und sieht vor allem die kleingärtnerischen Organisationen in einer besonderen Verantwortung.





2.3. Handlungsfeld: **Soziale Aufgaben – Die sozialen Funktionen als Stärke des Kleingartenwesens weiter auszubauen**

Die Gesellschaft befindet sich in einem demografischen und sozialen Wandel, der Prozesse der städtebaulichen Schrumpfung, der Überalterung der Gesellschaft und der finanziellen Umverteilung mit sich bringt.

Kinderreiche Familien, Familien Alleinerziehender, Rentner und Menschen bestimmter Berufsgruppen oder Regionen mit wachsender Erwerbslosigkeit leben zunehmend am Existenzminimum. Diesen Menschen, mit einem Bedarf an gesunden und preiswerten Lebensmitteln, sollte der Einstieg in das Kleingartenwesen durch Vergabeverfahren unter Berücksichtigung sozialer Kriterien ermöglicht werden.

Vor diesem Hintergrund ist die Bedeutung des Kleingartenwesens neu zu positionieren. Vorhandene soziale Potentiale sollen in Zukunft stärker entwickelt und der Öffentlichkeit besser zugänglich gemacht werden. Die Erfüllung dieser insbesondere durch die Vereine zu leistenden Aufgaben ist durch die Kommune zu unterstützen.

Die Familienfreundlichkeit in den Anlagen erhöhen

Eine Kleingartenanlage bietet ideale Ausgangsvoraussetzungen für die Knüpfung neuer Netzwerke, die Kleinfamilien, Alleinerziehende sowie Singles unterstützen.

Da Eltern oder Alleinstehende mit kleinen Kindern häufig berufstätig sind, ist es schwierig die Zeit für die Bewirtschaftung eines Kleingartens aufzubringen. Hinzu kommt noch, dass durch berufsbedingte Umzüge die Großeltern meist in größerer Entfernung leben. Durch das Angebot von flexiblen Parzellengrößen können die unterschiedlichen Bedürfnisse und das unterschiedliche



Zeitkontingent von jungen Familien, Berufstätigen oder auch älteren Menschen berücksichtigt werden.

Eine andere Möglichkeit besteht darin, größere Individualparzellen in selbstbestimmten Kleingruppen zu bewirtschaften.

Um Begegnungen zwischen den Vereinsmitgliedern und mit der Öffentlichkeit zu ermöglichen, sollten Aufenthaltsbereiche geschaffen werden, z. B. kleine Plätze.

Synergien zwischen den Generationen sind durch Projekte zu fördern, z. B. Kleinkindbetreuungsangebote durch aktive Senioren innerhalb der Kleingartenanlagen.

Zum Zweck der Förderung von Familienfreundlichkeit sollten temporär die Schaffung von Spielmöglichkeiten wie Planschbecken, Schaukeln o. ä. in den Parzellen zugelassen werden. Lärm durch Kinderspiel ist großzügig zu tolerieren.



Integration von Bürgern mit Migrationshintergrund fördern

Die Integration von Migranten ist eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe. In Kleingartenanlagen wird Integration bereits gelebt. Die Integration von Bürgern mit Migrationshintergrund ist durch offenes Aufeinanderzugehen und Toleranz auch gegenüber deren gärtnerische Traditionen zu fördern. Innerhalb des Vereinslebens sollen die unterschiedlichen Kulturen angemessen berücksichtigt werden. Speziell angelegte Kleingartenanlagen für bestimmte ethnische Gruppen bzw. Separierung von Anlagenteilen werden abgelehnt, vielmehr sollte eine Durchmischung aller Ethnien angestrebt werden. Anzustreben ist auch die Einbindung in die unmittelbare Vereinsarbeit durch Übertragung von Verantwortung im Ehrenamt. Diese Arbeit kann durch gezieltes Zusammenwirken von Kommunen und Kleingärtnerorganisationen gefördert werden.

Kooperationen als Formen der sozialen und Bildungspartnerschaft schaffen

Lebendige Kooperationen mit Kindergärten, Schulen und anderen Bildungseinrichtungen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene insbesondere im Bereich Umweltbildung und





Bewegungsförderung sind zu entwickeln. Durch die Anlage von Schul- und Lehrgärten, Naturerlebnisräumen und Spielbereichen für Bewegungsspiele können Orte dafür geschaffen werden. Dabei sollte das Angebot der Kleingärtner stärker als bisher mit dem Bildungsbedarf und den Zielen der Bildungsträger vernetzt werden, so dass sich eine Alltagstauglichkeit ergibt und Nutzung wie Unterhaltung dieser Gärten kontinuierlich sichergestellt sind. Hilfreich ist hierbei auch die Zusammenarbeit mit Sportvereinen und gesundheitsfördernden Einrichtungen.

Durch Kooperationen mit Altenheimen können aktive Kleingärtner den Zugang von hilfsbedürftigen älteren Menschen zum öffentlichen Leben verbessern. Dies kann durch Organisation von Ausflügen in nahe Grünflächen und Kleingartenanlagen oder auch die Bereitstellung leer stehender Parzellen und deren gemeinsamer Bewirtschaftung geschehen.

Als eine besondere Form sozialen Engagements soll die Anlage sogenannter „Tafelgärten“ als eine geeignete Möglichkeit weiter ausgebaut werden. In frei stehenden Parzellen bauen Langzeitarbeitslose Obst und Gemüse an und geben dieses an Hilfsorganisationen zur Versorgung Bedürftiger mit gesunden Nahrungsmitteln ab.



Kleingärten zur Förderung der Gesundheit nutzen

Kleingärten sind ein Beitrag zur Gesundheitsförderung.

Dies muss sich gerade unter dem Aspekt des Klimawandels verstärken. Einerseits ermöglichen sie zum Beispiel durch naturnah erzeugtes Obst und Gemüse und der ausgleichenden Wirkung von Gartenarbeit eine Verbesserung

der Lebensbedingungen. Andererseits muss dafür gesorgt werden, dass dafür die Standortbedingungen von Kleingartenanlagen durch notwendige Sanierung, Festlegung von Nutzungshinweisen und entsprechende Gestaltung der Anlagen insbesondere an Verkehrsstrassen verbessert werden oder bei Nichteignung Parzellen aufzugeben sind.

Die in den Kleingärtnervereinen gepflegten sozialen Kontakte bieten ebenfalls vielfältigste Möglichkeiten zur Verbesserung der Gesundheit.

2.4. Handlungsfeld: Ökologische Aufgaben – Die ökologischen Chancen als Beitrag zur Anpassung an den Klimawandel nutzen

Die ökologische Funktion von Kleingartenanlagen wurde bisher unterschätzt und deren Beitrag nicht umfassend genutzt. Ökologische Funktionen bestehen nicht nur in deren ausgleichenden Wirkung auf das innerstädtische Klima sondern insbesondere in deren Potential zur Stärkung der Biodiversität.

Kleingartenanlagen haben positive Auswirkungen auf die Artenvielfalt. Einmal verloren gegangene genetische Vielfalt ist nicht wieder herstellbar. In Deutschland gibt es insgesamt ca. 2.500 Pflanzenarten. Eine Studie des Bundesverbandes Deutscher Gartenfreunde e. V. hat

im Jahr 2008 ermittelt, dass sich in Kleingärten ca. 2.000 Pflanzenarten finden, im Produktionsgartenbau kommen nur 545 Pflanzenarten vor.



Ein anderes interessantes Kapitel des Kleingartenwesens ist die Ressourcen schonende und ökologische Wirtschaftsweise, insbesondere im Bezug auf das Wassermanagement.



Die Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes, des Naturschutzes und der Landespflege wird bereits vom Bundeskleingartengesetz verlangt. Sie werden über die Fachberatungen der Verbände in die Vereine und an die Mitglieder vermittelt und mit Inhalt gefüllt. Es zeigt sich jedoch im Kleingartenwesen, wie auch in anderen Lebensbereichen, dass das erforderliche Bewusstsein im Umgang mit den Naturgütern noch auf eine breitere Basis gestellt werden muss.

Grundvoraussetzungen sind neben der Minimierung des Versiegelungs-

grades der Parzellen die gezielte Förderung naturnaher Bewirtschaftung, einheimischer Fauna und Flora, die Bewahrung alter, schützenswerter Pflanzenarten und -sorten sowie die flexible Gestaltung der Parzellen unter Berücksichtigung der gesetzlich vorgeschriebenen kleingärtnerischen Nutzung.

Maßnahmen, die die Kreislaufwirtschaft durch Kompostierung, ökologische Düngung und Pflanzenschutz, den sparsamen Umgang mit natürlichen Ressourcen, insbesondere Wasser und Boden, fördern, sollen kontinuierlich angeregt werden.

2.5. Handlungsfeld: Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit – Imagepflege durch breit angelegte Öffnung und Lobbyarbeit forcieren

Eine umfangreiche, zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit ist auch im Kleingartenwesen erforderlich, um Interesse zu wecken und dessen Bedeutung breiten Bevölkerungsschichten näher zu bringen.



Hier reicht es nicht aus, den bereits engagierten Kleingärtnerinnen und Kleingärtnern entsprechende Informationen zu vermitteln. Vielmehr ist jedwede, nicht nur medienwirksame, Möglichkeit der Darstellung zu nutzen, um die vielschichtigen Effekte, wie z. B. die Bedeutung für das öffentliche Grün, die sozialen Komponenten und vorhandene Integrationsmöglichkeiten zu vermitteln.

Von erheblicher Bedeutung ist Öffentlichkeitsarbeit, und hier insbesondere die Inanspruchnahme moderner Medien, für die Gewinnung jüngerer Bevölkerungsschichten wie auch Familien mit Kindern. Auch damit wird eine Möglichkeit eröffnet, der erkennbaren Tendenz eines zunehmenden Durchschnittsalters der Kleingärtner zu begegnen.

Im Folgenden werden die dem Arbeitskreis als am wichtigsten erscheinenden Maßnahmen beschrieben. Diese sind nur gemeinsam und in enger Abstimmung zwischen Kleingärtnervereinen und Kommunen effektiv.

Die Zugänglichkeit der Kleingartenanlagen als wirksamste Form der Öffentlichkeitsarbeit verbessern

Das wirkungsvollste Mittel der Öffentlichkeitsarbeit der Vereine ist die öffentliche Zugänglichkeit der Anlagen, da sich der besondere Charme von Kleingärten meist von Innen erschließt. Der Arbeitskreis empfiehlt den Vereinen daher, die Kleingartenanlagen ständig für die Allgemeinheit geöffnet zu halten. Darüber hinaus sollte es ein Ziel sein, die öffentliche Nutzung durch attraktiv gestaltete Gemeinschaftsflächen und einladende Eingangsbereiche noch zu erhöhen. Dies bringt als Nebeneffekt auch einen

Imagegewinn für die Kleingärten mit sich. So ist auch die Einbeziehung der Bevölkerung in das Vereinsleben oder die Darstellung der Gestaltungsmöglichkeiten von Kleingartenflächen als ein wesentlicher Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit besser nutzbar. Durch Feste, Aktionstage und attraktive kulturelle Angebote sowie lebendige Kooperationen können zusätzlich Menschen für das Kleingartenwesen interessiert werden.



Die Nutzung moderner Medien als Teil aktiver Öffentlichkeitsarbeit forcieren

Neben den etablierten Medien wie Zeitschriften, Radio und Fernsehen nimmt die Bedeutung des Internets immer weiter zu. Insbesondere die jüngere Generation nutzt dieses „neue“ Medium umfangreich zur Kommunikation und Informationsbeschaffung. Somit ist insbesondere dieses Medium, auch durch die vielfältigen Möglichkeiten der Darstellung, dazu geeignet, junge Familien über die Möglichkeiten des Kleingartenwesens zu informieren und Interesse für die Bewirtschaftung einer Gartenparzelle zu wecken. Durch lebhaftere Präsentationen kann hier ein erster Anreiz geschaffen werden, Familien mit Kindern, aber auch anderen Interessenten, ein Leben auf einer Kleingartenparzelle und gleichzeitig in der Gemeinschaft näher zu bringen. Internetauftritte der Vereine sollten mit denen der Kommune zum Thema Kleingartenwesen gemeinsam entwickelt und vernetzt werden, beispielsweise durch die Schaffung von Themenstadtplänen oder internetbasierter Parzellenbörsen.

Grundsätzlich bieten alle Medien die Gelegenheit der Information und Darstellung. Beispiele für eine Repräsentation in den Medien bieten z.B. Ankündigungen und Berichte über Veranstaltungen, Informationen über freie Gärten, Einbindung in beabsichtigte Bauprojekte (z. B. Herstellung von Neuanlagen), Darstellung von Aktivitäten und die Vorstellung von Projekten (Einrichtung von Seniorengärten, Tafelgärten, etc.).



Das Wettbewerbswesen auch auf kommunaler Ebene weiter ausbauen

Die Darstellung des Kleingartenwesens im Rahmen von Wettbewerben bringt der Bevölkerung die Vielzahl von Gestaltungsmöglichkeiten einzelner Parzellen, aber auch gesamter Anlagen, näher und verdeutlicht die Bedeutung dieser Grünanlagen auch als Standortfaktor für eine hohe Lebensqualität.

Die Wettbewerbe auf Bundesebene haben sich bereits schon seit längerer Zeit bewährt, sollten aber fortlaufend an die aktuellen Erfordernisse der Modernisierung des

Kleingartenwesens angepasst werden. Die Bundesländer können durch eigene Wettbewerbe diese Leistungsschauen in enger Zusammenarbeit mit den Landesverbänden der Kleingärtner fördern. In Auswertung der auf kommunaler Ebene gemachten Erfahrungen mit Wettbewerben empfiehlt der Arbeitskreis deren weiteren Ausbau in den Städten. Sie können unterschiedlich ausgestaltet werden, z. B. als Themenwettbewerbe oder auch als gesamtstädtisch, allumfassende Wettbewerbe um den Titel „Schönste Kleingartenanlage“. Sie erzielen die größte Wirkung bei einer offensiven Einbeziehung interessierter Öffentlichkeit und Medien. Unerlässlich ist in dem Zusammenhang die Organisation und Koordination derartiger Veranstaltungen durch die Stadtverbände, die aber darüber hinaus als Initiatoren auch die einzelnen Vereine zur Teilnahme anregen oder Vorhaben hinsichtlich der Umsetzung unterstützen können.

Die aktive Teilnahme der Kleingartenvereine an übergeordneten und überregionalen Wettbewerben ist durch Landes- und Stadtverbände, aber auch durch die Kommune zu unterstützen. Bestehende Kriterien zur Teilnahme an ausgeschriebenen Wettbewerben, insbesondere des Bundeswettbewerbes, sind entsprechend den aktuellen Erfordernissen zur nachhaltigen Entwicklung des Kleingartenwesens anzupassen.



Die Integration der Vereine in das gesellschaftliche Leben der Kommune weiter ausbauen

Vereine dienen grundsätzlich als Anlaufpunkt für Gleichgesinnte. Als nicht sinnvoll erweist es sich daher, Abgrenzungen in jedweder Form vorzunehmen. So ist allein der Blick auf seine Gartenparzelle oder alternativ auf das Kleingartengelände ineffektiv,



dies gilt ebenso für personenbezogene Beschränkungen bei einer Vereinsmitgliedschaft.

Ausgangspunkt für eine effektive Integration des Vereinslebens in die jeweilige Kommune ist neben der grundsätzlichen positiven Eigendarstellung vor allem auch der Wille zur Integration in das gesellschaftliche Leben der Kommune. Offenheit stellt die Grundlage dar, Vereine bis hin zu einem Verbund als Netzwerk zum Bestandteil der Kommunen zu machen. Kontakte zu anderen Vereinen, auch außerhalb des Kleingartenwesens, ermöglichen vielfach eine vereinfachte Realisierung gemeinschaftlicher Aufgaben (z. B. Maschinenpark für Gemeinschaftsarbeit, Mobiliar für Veranstaltungen).

Mit dem Angebot an z. B. Bildungs- oder Alteneinrichtungen zur Bewirtschaftung von Gartenflächen kann ein erheblicher Beitrag zur Umsetzung des Umwelt- und Naturschutzgedankens vermittelt werden. Die Realisierung sozialer Projekte wie Tafelgärten dient der Vermeidung von Ausgrenzung sozial schlechter gestellter Bevölkerungsschichten.

Diese Maßnahmen der Integration erhöhen den Stellenwert und die Akzeptanz dieser Vereine in den Kommunen um ein Vielfaches und dienen letztendlich den Belangen des Kleingartenwesens in einem erheblichen Umfang. Die aktive Teilnahme und Mitgestaltung von Stadt- oder Ortsteilfesten sind gute Möglichkeiten der Integration.

2.6. Handlungsfeld: **Organisation und Finanzierung – Für eine ausreichende Finanzierung und Förderung des Kleingartenwesens sorgen**

Für eine sach- und fachgerechte, aber auch zweckmäßige Bearbeitung aller Angelegenheiten des Kleingartenwesens sind zielgerichtete Rahmenbedingungen der Organisation, Förderung und Finanzierung zu schaffen. Diese sollen im Interesse aller Verfahrensbeteiligten, bis hin zu den Kleingartenpächtern, dazu dienen, eine Umsetzung von Maßnahmen und Erfordernissen möglichst frei von Reibungsverlusten zu gewährleisten.

Hierzu sind erfahrungsgemäß vorrangig folgende Maßnahmen geeignet:



Das gesetzlich vorgegebene Stufenpachtvertragssystem erhalten

Das Stufenpachtvertragssystem mit einer Gliederung nach Generalpachtvertrag, Zwischenpachtvertrag und Einzelpachtvertrag hat sich in der Praxis äußerst bewährt. Diese Verfahrensweise gibt die Möglichkeit, auf den einzelnen Vertragsebenen Regelungen zu treffen, die nur dort Wirkung entfalten sollen (z. B. Festlegung der Pachtflächengröße der Kleingartenanlage), ohne auf eine vollständige Regelung der Angelegenheiten des Kleingartenwesens im Konsens zu verzichten.



Im Rahmen der Vertragsgestaltung empfiehlt sich die Umsetzung des Leitsatzes: „So viel wie nötig, so wenig wie möglich“. Die Vertragsbeteiligten sollten ein Interesse daran haben, ausschließlich grundsätzliche Punkte zu regeln und darüber hinaus gehende Sachverhalte vertraglich nur zu klären, sofern die Einhaltung dieser Regelungen auch nachvollziehbar bzw. kontrollierbar ist. Detaillierte Regelungen können von den Vereinen oder Kommunen in einer „Kleingartenordnung“ getroffen werden.

Die Funktionalität dieses Systems ist davon abhängig, dass alle Vertragspartner ein Interesse daran

haben, die Einhaltung der Regelungen sicher zu stellen. Hierbei sind ggf. auch eigene Interessen in den Hintergrund zu stellen.

Durch Bündelung der Aufgaben die Verwaltung des Kleingartenwesens effizient und effektiv gestalten

Für ein Funktionieren des Kleingartenwesens ist die Zuordnung der Zuständigkeit in eine präzisierete Organisationseinheit der Kommune unerlässlich. Nur in dieser Form kann gewährleistet werden, dass für die Belange des Kleingartenwesens qualifizierte Mitarbeiter/innen zur Verfügung stehen. Je nach zur Verfügung stehender Personalkapazität müssen an dieser Stelle auch die administrativen Tätigkeiten im Zuge der Umsetzung vertraglicher Regelungen abgewickelt werden. Dies ist insbesondere im Zusammenhang mit der Erstellung neuer Kleingartenflächen oder auch einer im Einzelfall ggf. erforderlichen Flächenaufgabe von erheblicher Bedeutung (effizientes Belegungs- oder Verlagerungsmanagement). Aufgrund des historisch gewachsenen und besonders fachlich entwickelten Wissens sind Stadtgrün- und Umweltverwaltungen geeignet entsprechende Ansprechpartner zu sein.

Zur Erfüllung der Aufgaben im Kleingartenwesen für angemessene Finanzierung und Förderung sorgen

Die Kommunen sollten entsprechend ihrer finanziellen und personellen Möglichkeiten und in angemessener Würdigung der positiven Beiträge des Kleingartenwesens zum Gemeinwohl einen Grundstock an Kapazitäten bereit stellen. Um einheitliche Standards in den Kleingartenanlagen, insbesondere für die öffentlich zugänglichen Bereiche zu gewährleisten, erweist es sich als sinnvoll, die grundsätzliche Verantwortung bei der Kommune zu belassen. Diese kann insbesondere auf kommunalen Flächen nachfolgend klären, ob erforderliche Maßnahmen mit eigenen Kräften umgesetzt werden oder ob jeweils die detaillierte Beauftragung eines Fachunternehmens erfolgt. Die zuständige Organisationseinheit der Kom-

mune muss jedoch bereits intern klären (z. B. bei der Aufteilung auf unterschiedliche Pflegebezirke), dass die Pflege- und Unterhaltungsarbeiten in einem gleichen Standard (Intensität, Umfang, etc.) durchgeführt werden. Dies gilt auch für die Kontrolle von beauftragten Arbeiten durch Fachfirmen. In Ergänzung dazu und zur Entlastung des kommunalen Haushaltes ist es erforderlich, die Kleingärtnervereine an den Arbeiten zu beteiligen. Sinnvoll ist die vertragliche Festlegung der Arbeiten, die der Pflege und Unterhaltung zuzuordnen sind.

Zur Förderung und Finanzierung der Leistungen ist neben der Nutzung bestehender Förderprogramme wie Beschäftigungsprogramme und die Nutzung der naturschutzfachlichen Ausgleichs- und Ersatzregeln aber auch die entsprechende Gestaltung der Pachtverträge möglich. Über die anteilige Auszahlung von Pachtzinseinnahmen (oder Pachtzinsnachlässe) für die gezielte Förderung des Kleingartenwesens können die Kommunen einen wichtigen Beitrag für die Sicherung und Entwicklung der Kleingartenanlagen leisten. Über spezielle Landesförderprogramme zur Entwicklung des Kleingartenwesens können weitere Fördermöglichkeiten geschaffen werden. Zur besseren Planung und Koordinierung der Einzelmaßnahmen sind Vereinbarungen zwischen Verwaltung und örtlich zuständigem Kleingärtnerverband sinnvoll.

Die ehrenamtliche Arbeit in den Vereinen fördern und anerkennen

Das Vereinsleben im Kleingarten erfordert und ist ganz wesentlich von ehrenamtlichem Engagement geprägt. Die ehrenamtlich Tätigen arbeiten uneigennützig und widmen einen beträchtlichen Teil ihrer Arbeitskraft für die Gemeinschaft. Dies sollte auch mit Blick auf eine weitergehend dringend erforderliche Erhöhung des bürgerschaftlichen Engagements durch die Kommunen, Länder und des Bundes

gefördert werden. Die ehrenamtliche Arbeit der Kleingärtner soll stärker in die Ehrenamtskultur der Kommune eingeordnet werden, z. B. durch Einladung und Auszeichnung zum „Tag des Ehrenamtes“, Einladungen zu offiziellen Anlässen der Kommunen. Ein Beispiel wie dies erfolgen kann ist die in NRW und weiteren Bundesländern gemeinsam mit den Kreisen und den Kommunen eingeführte Ehrenamtskarte. Die Bürgerinnen und Bürger, die aufgrund ihres ehrenamtlichen Einsatzes eine solche Karte erhalten, können damit vergünstigt öffentliche, gemeinnützige und private Einrichtungen (Bildung, Sport, Wellness, Tourismus, Mobilität etc.) nutzen. Die Kommunen sollten mit einem politischen Beschluss die Voraussetzungen für die Einführung der Ehrenamtskarte schaffen.





Durch Kleingartenbeiräte Interessenvertretungen für das Kleingartenwesen im Rahmen kommunaler Entscheidungsprozesse schaffen

Aufgrund der Bedeutung des Kleingartenwesens, nicht zuletzt als Bestandteil des öffentlichen Grüns, macht es Sinn, auf Dauer eingerichtete Gremien in den Kommunen zu installieren. Dies kann z. B. als eigenständiger Kleingartenbeirat oder in der Form einer Kommission angebunden an Fachausschüsse von Stadt- bzw. Landräten erfolgen. Die Verantwortungsbereiche dabei müssen deutlich definiert sein. Ebenso ist auf eine ausgewogene Besetzung des Gremiums mit Vertreterinnen und Vertretern aus den Kleingärtnerorganisationen, Politik und Verwaltung zu achten. Dies ist insbesondere von Bedeutung, um die Möglichkeit einer Instrumentalisierung dieser Gremien durch die Mitglieder auszuschließen.

Eine Einbindung der kleingärtnerischen Interessen in dieser Form steigert nicht zuletzt den Stellenwert durch eine dauerhafte Präsenz in der Öffentlichkeit, eröffnet Möglichkeiten, Entscheidungsprozesse mit zu gestalten und fördert eine konsensorientierte Problemlösung.

3. Fazit

Kleingärten sind für eine „Lebenswerte Stadt von Morgen“ zu erhalten und können in vielfältiger Form Beiträge zur biologischen Vielfalt, für ein attraktiv gestaltetes Wohnumfeld und als weicher Standortfaktor für das Image einer Stadt leisten. Um dies zu erreichen, ist eine konstruktive und zielorientierte Zusammenarbeit aller Entscheidungsträger sowie Bürgerinnen und Bürger auf ökologischen, sozialen und ökonomischen Gebieten notwendig. Das Bundeskleingartengesetz muss nicht reformiert werden, um den sich ändernden gesellschaftlichen Bedingungen Rechnung zu tragen, sondern sollte in seinen Gestaltungsmöglichkeiten genutzt und durch lokale Aktivitäten gestützt und ergänzt werden.

Dies ist im Sinne einer Lokalen Agenda nachhaltig: sozial, ökologisch und ökonomisch!





Projekt 1

Projekt	Angebot für „Gartenzwerge“
Ziel	Auf kindgerechte und spannende Weise Kenntnisse und praktische Fertigkeiten in Garten, Umwelt und Natur zu vermitteln
Zielgruppen	Kinder ab fünf Jahren
Umsetzung	Bereitstellung vorhandener Infrastruktur: <ul style="list-style-type: none">• Es werden Flächen zum Aufbau eigener kleiner Beete zur Verfügung gestellt.• Es gibt einen Informationsgarten.• Betreuung erfolgt durch Kleingärtner und Fachberater.• Gartengeräte werden zur Verfügung gestellt.
Projektbeginn	2010
Kooperationspartner	<ul style="list-style-type: none">• Schulzentrum Paul Friedrich Scheel (Förderzentrum für Körperbehinderte und Grundschule)• Der Stadtverband arbeitet auch mit den Kindergärten der Umgebung sowie dem Hort der Margareten-Grundschule zusammen.
Förderer	<ul style="list-style-type: none">• Landesverband der Gartenfreunde Mecklenburg und Vorpommern• Ostseesparkasse• Die Projektleiterin ist eine geförderte Arbeitskraft über Kommunalkombi (Bundesprogramm zur Schaffung zusätzlicher sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze).

Seit 2010 organisiert der Stadtverband der Gartenfreunde in Rostock ein Projekt, das Schulgarten- und Naturkundeunterricht praxisnah im Freien anbietet. Das Programm für „Gartenzwerge“ beschränkt sich nicht nur auf den Anbau von Obst und Gemüse im Garten, sondern bezieht viele Natur- und Umwelt-



themen ein. Für Schulen mit knappem Freigelände liegen die Vorteile, mit einem Kleingärtnerverein zusammenzuarbeiten, auf der Hand: Gartenflächen werden zum Anlegen eigener Beete bereitgehalten und ein Informationsgarten – wie hier in Rostock – lädt kleine Gärtner zum Experimentieren, Staunen, Bearbeiten, Naschen und Spielen ein. Er bietet damit eine schöne Möglichkeit, den Sach- und Naturkundeunterricht anschaulich zu ergänzen und zu gestalten. Geräte, Pflanzen und Materialien zum Forschen, Beobachten und Basteln werden von den Gartenfreunden zur Verfügung gestellt. Ihre Anschaffungskosten bleiben somit der Schule erspart. Engagierte Kleingärtner unterstützen das Lehr- bzw. Betreuungspersonal mit ihrer fachlichen Kompetenz, machen Vorschläge für den Unterricht und entwickeln für Lehrkonzepte nach Absprache. Wie dabei die Umsetzung des Mottos „Lernen mit allen Sinnen“ aussehen kann, zeigen die hier angebotenen einfallreichen Aktionen wie eine Schmetterlingsbeobachtungsstation oder der Bau eines „Bohmentipis“. Der Garten befindet sich auf der Versuchsfläche des Stadtverbandes neben dem „Haus der Kleingärtner“. Hier werden Kleingärtner zu Fachberatern ausgebildet. Teilnehmer der Schulungsveranstaltungen können so vor Ort das Konzept „Schulgarten“ kennenlernen und die Idee in ihre Kleingärtnervereine tragen.



Projekt 2

Projekt	Ein Park der Generationen
Ziel	Das Seniorenheim Sinzheim soll dauerhaft in das Gemeindeleben integriert werden, um der Vereinsamung im Alter entgegen zu wirken. Es soll eine Begegnungsstätte für alle Generationen in Sinzheim geschaffen werden.
Zielgruppen	alle
Umsetzung	Wege, Brücke, Teich, Freilichtbühne, Ort der Stille, Demenzgarten, Grillplatz und Hochbeete sind fertiggestellt, Spielplatz, Bewegungsparcour, Streichelzoo, Amphitheater sind in Planung.
Projektbeginn	2006
Kooperationspartner	Gemeinde Sinzheim, Verband der Kleingärtner Baden-Württemberg, Curatio GmbH
Förderer	VR-Bank, Bonnfinanz, Albert Augenoptik, Rauch-Landmaschinen GmbH, Gemeinde Sinzheim, Familie Philipp, Uwe Kraft, NaSch-TEC GmbH, Akustik GmbH, Förderverein Seniorenzentrum Sinzheim
Bemerkung	Das Projekt wurde von der Stiftung „Lebendige Stadt“ als vorbildliches Beispiel für andere Kommunen ausgezeichnet und für den „Deutschen Engagementpreis 2010“ vom „Bündnis für Engagement. Geben gibt“ nominiert.

Der Vereinsamung im Alter entgegen zu wirken und das mitten im Zentrum der Stadt Sinzheim liegende Seniorenheim dauerhaft in das Gemeindeleben zu integrieren war die Idee – die Lösung ein „Park der Generationen“.



Es entstand ein Garten als Begegnungsstätte für Jung und Alt. Direkt vor dem Seniorenheim gab es ein großzügiges Gelände mit Grünflächen, das aber wenig Anreiz für Aktivitäten oder Aufenthalt im Freien bot. Die Bepflanzung war eher funktional gestaltet, die Wege für Rollstuhlfahrer und Hausgäste mit Rollatoren kaum nutzbar. Zahlreiche Förderer und Partner engagierten sich für das Projekt. Dank des ehrenamtlichen Einsatzes von Vereinen und Mitarbeitern des Seniorenzentrums nahm das Projekt schnell Gestalt an. Breite, barrierefreie Wege führen durch den Park, vorbei an einem neu angelegten Teich mit Brücke und verbinden die verschiedenen Aufenthaltsbereiche untereinander. Dazu gehören eine Mini-Freilichtbühne, der „Ort der Stille“, der Demenzgarten, Hochbeete und ein Grillplatz. In Planung sind Bereiche für generationsübergreifende Aktivitäten mit Kindern und Jugendlichen der Schulen sowie Kindergärten der Gemeinde. So ist in der geplanten Parkerweiterung neben Aktivflächen für Jung und Alt ein Garten mit Beeten vorgesehen, der von Senioren und Schülern gemeinsam betreut werden soll. So wird soziale Kompetenz gefördert. Weitere Projekte sind geplant: ein Spielplatz, eine Minigolfanlage, ein Streichelzoo sowie ein Bewegungs-Parcours. Auch ein Amphitheater, die erste „Freilichtbühne Sinzheim“, soll hier entstehen und später von Schulen für Unterricht im Freien genutzt werden.



Projekt 3

Projekt	Lehrpfad „Feuchtbiotop Neugrabener Moor e.V.“
Ziel	Der Lehrpfad ermöglicht es interessierten Menschen frei lebende Tierarten vom Beobachtungsstand aus wahrzunehmen. Folgende Stationen sind bereits fertiggestellt: Insektenhotel, Waldlehrpfad, Bauernkate mit Storchenhorst, Bauerngarten, Kernobstallee
Zielgruppen	Schulklassen, Seniorengruppen, Vereine und Bürger
Umsetzung	Als ein laufender Prozess ist die Unterhaltung und Pflege durch Gemeinschaftsarbeit vom Verein gesichert.
Projektbeginn	2004
Kooperationspartner	keine
Förderer	Finanzielle und materielle Unterstützung durch Umweltstiftungen, Wirtschaft, Behörden und Organisationen
Bemerkung	Die Öffentlichkeitsarbeit wird vom Verein durch Führungen, Tagesseminare und Infoveranstaltungen organisiert. Es sind weitere Stationen geplant, wie zum Beispiel Kräuter- und Gewürzpflanzenspirale, Spinnenrahmen, Rosenschau, Beobachtungsstand für Singvögel (Brut- und Nisthilfen), Schmetterlingswiese sowie ein Amphibienhaus.

Gelegen in einem moorigen Gebiet in herrlicher, beinahe unberührter Natur, hat der Kleingärtnerverein „Neugrabener Moor“ einen Boden, wie ihn sich jeder Gärtner wünscht. Beste Voraussetzung waren auch für einen Lehrpfad gegeben, nicht nur wegen der Lage zum angrenzenden



Landschafts- und Wasserschutzgebiet, sondern auch aufgrund der Beschaffenheit des Vereinsgeländes. Zentrum der Anlage mit seinen individuell und vielfältig gestalteten Einzelgärten ist ein großer naturbelassener Erlenbruchwald mit Feucht- und Sumpfböden.

Seltene Wasser- und Feuchtzonenpflanzen, Schattenpflanzen und Grabenrandgräser können hier in ihrem Lebensraum ganzjährig beobachtet werden. Es war naheliegend, durch das Wald- und Sumpfbödengebiet einen Lehrpfad zu errichten. Seine Fortsetzung findet er in weiteren Teilen der Anlage: Auf dem Gelände verteilt befinden sich Stationen wie das Insektenhotel, eine Bauernkate mit Storchennest, eine Imkerei mit Bienenhaltung, eine Kernobstallee und ein Bauerngarten mit ausgedehntem Kräutergarten. Der Lehrpfad wird ständig ausgebaut und erweitert. Geplant sind unter anderem ein Amphibienhaus und eine Schmetterlingswiese. Betreut und gepflegt wird er von Mitgliedern des Vereins. Die Kleingartenanlage verbindet die Wohnsiedlung Neuwiedenthal mit dem Landschaftsschutzgebiet und ist Teil eines Wanderwegenetzes.



Kleingartenpark Hansastraße

Dresden



Projekt 4

Projekt	Kleingartenpark Hansastraße
Ziel	Öffnung und Entwicklung des Areals für die Naherholung, Abbau des diesbezüglich bestehenden Defizites in den angrenzenden Wohngebieten, Vernetzung mit dem Umfeld, „soziale Durchmischung“, Arten-, Biotop-, Naturschutz, Bewahrung von Kulturgut
Zielgruppen	alle Bevölkerungsschichten
Umsetzung	3 Phasen über einen Zeitraum von 30 Jahren
Projektbeginn	Erarbeitung der Konzeption 2008, Fassung Stadtratsbeschluss Januar 2011
Kooperationspartner	Landeshauptstadt Dresden Stadtverband „Dresdner Gartenfreunde“ e. V.
Förderer	–
Bemerkung	Das Projekt wird unter Einbeziehung der Kleingartenvereine, des Stadtverbandes der Dresdner Gartenfreunde, von Anliegern, Vereinen, Institutionen und der städtischen Ämter umgesetzt

In unmittelbarer Nachbarschaft zur gründerzeitlich dicht bebauten Dresdner Äußeren Neustadt liegen auf einer Fläche von 48 ha 16 Kleingartenvereine mit über 1700 Parzellen. Hier entstanden um 1900 Dresdens erste Kleingärten. Geteilt wird diese Fläche von



einer Hauptverkehrsstraße. Außer den Ämtern der Stadt, hatten auch die Kleingärtner von Beginn an die Möglichkeit Wünsche, Vorschläge, aber auch Befürchtungen bei der Erarbeitung des Konzeptes durch das Amt für Stadtgrün und ein Planungsbüro einzubringen. Das Ergebnis beschloss der Stadtrat 2011. Damit war die geplante Entwicklung auch politisch legitimiert. Erste Schritte der Umsetzung waren die Einweihung des mit Portal, Stauden- und Baumpflanzungen gestalteten Haupteinganges Nord zum Gründungsjubiläum des Dresdner Stadtverbandes, die Neugestaltung eines Spielplatzes mit Festwiese und der Bau eines Kletterturmes für größere Kinder. Die Ergänzung von Streuobstwiesen mit Insektenhotels, Bienenstöcken sowie die Gestaltung eines Erlebnisbereiches mit Kräuterbeeten, Fühlpfad und Klanggerüst stellen neue Bildungs- und Betätigungsangebote für Besucher dar und werden durch Kindertageseinrichtungen schon rege genutzt. Verbindende Wege zwischen den Vereinen mit Schildern zur Orientierung und Ruheplätzen sollen den riesigen Komplex für Spaziergänger attraktiver machen. Eine große Bedeutung dafür haben noch zu schaffende Querungen über die Hauptstraße. Im einzigen größeren Gebäude des Areals könnte perspektivisch das Kleingartenzentrum mit Informationsangeboten und dem Sitz des Stadtverbandes entstehen. Das Vorhaben soll Beispiel gebend für andere Vereine mit ähnlichen Voraussetzungen zur Entwicklung weiterer Kleingartenparks in Dresden sein.

